

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugpreis: Durch unsere Zeitung frei ins Haus monatlich 15.00 Mark. Bestellungen nehmen die Kustodien und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 2.00 Mark, auswärts 2.50 Mark, Reichweite 3.00 Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte.

Nr. 77

Freitag, den 31. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Ein Vertrauensantrag des Senrums für die von der Regierung abgegebenen Erklärungen zu der Note der Reparationskommission wurde gestern vom Reichstag mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Enthaltungen der Unabhängigen gebilligt.

Der Reichsbankausweis läßt eine weitere Steigerung des Papiergeldumlaufes auf rund 130 Milliarden Mark in die Erscheinung treten.

Wie in Washingtoner Regierungskreisen bestimmt gesprochen wird, will Amerika mit Deutschland ein neues Abkommen für die Zahlungen der Reparationen abschließen.

Unter Vorbehalt gibt die Agence Havas eine italienische Nachricht wieder, wonach Venturi gestorben sein soll.

Die Schüsse von Berlin.

3. Das Attentat der beiden Jarenleutnants gegen den russischen Saboteurführer Miskow in der Berliner Philharmonie zeigt leider wieder einmal, wie wenig von gewissen Ausländern das Gastrecht heiligt gehalten wird. In Deutschland leben jetzt viele Zehntausend landflüchtiger Russen. Das Gastrecht war allererst im Völkerleben etwas Heiliges, und selbst in den Ländern der Barbarei beherrschte man den Flüchtling, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten, (sind zum Teil von der bolschewistischen Schreckensherrschaft gelassen. Er wäre unmenschlich, sie ihren geschworenen Feinden durch Ausweisung in die Hände zu liefern, und wenn es um in den Wohnungen und in der Ernährung auch selbsterhaltenen das häßliche Wort vom lästigen Ausländer auf die russischen Emigranten angewendet. Wieser sehen tagtäglich die deutschen Rückkehrer aus Polen und aus anderen Gebieten, und wissen, wie unendlich dankbar während des Krieges die Deutschen gewesen sind, die im neutralen Ausland ein Asyl finden konnten. Aber dem Gastrecht stehen mindestens ebenbürtige Pflichten gegenüber. Niemand hat etwas dagegen, daß die Russen in Berlin Schulen gründen, die Literatur, das Theater und die bildende Kunst pflegen, und es läßt sich auch nichts dagegen sagen, wenn sie in Zeitungen und Zeitschriften ihre politischen Ideen vertreten. Die Voraussetzung dabei ist, daß sie die deutschen Gesetze auch beinhalten achten, und nicht das Gastland zum Tummelplatz ihrer konspirativen Tätigkeit machen. Hiergegen verstoßen die Bolschewisten und die Partisten. Die mitteldeutsche Revolution war von russischen Emigranten angezettelt worden, und die Partisten haben von Deutschland aus gegen die Sowjetregierung konspiriert. Damit wird bei uns nicht nur der Frieden und die Ordnung gefährdet, sondern Deutschland erleidet unter Umständen durch solche Tätigkeit empfindlichen außenpolitischen Schaden. Es muß darum erwartet werden, daß die deutsche Regierung allen fremden Geheimorganisationen das Lebenslicht ausbläst. Es ist bezeichnend, daß die russischen Attentäter von Mischen kamen, wo bekanntlich auch das Zentrum der reaktionären deutschen Verschwörungen ist. Genau wie Dittus v. Hirschfeld und die Schulz und Tilleßen den Revolver zum politischen Kampfmittel erhoben haben, ebenso glaubten die beiden Jarenleutnants Mäcker spielen zu dürfen. Ihr Anschlag ging freilich fehl. Nicht das ausersehene Opfer, der frühere russische Professor und Außenminister Miskow, wurde von den Schüssen erreicht, sondern ein Mann, der etwa politisch zwischen Miskow und den Partisten stand. Eine vornehme Geheimmutter, die dem russischen Adel entstammte und seiner ganzen Tradition nach mehr rechts als links gerichtet war. Aber es ist bezeichnend für den Geist, der unter den politischen Würdern von heute herrscht, daß die Täter nur ein Bedauern äußerten: den Halschen getroffen zu haben.

Die Schüsse von Berlin sind ein Warnungsschrei an die deutsche Regierung. Sie muß dem Treiben der Kreise, die den politischen Mord und das Recht der Revolution auf ihr Programm geschrieben haben, nachspüren und sie rückwärts ausweichen. Dabei ist auch streng darauf zu achten, daß zwischen den reaktionären deutschen Organisationen und ihren russischen Geistesverwandten nicht ein Spiel a deux mains getrieben wird. Vermutlich wird das Berliner Attentat seine Rückwirkung auch für manches andere Land haben. Man

daß gegenwärtig in Jugoslawien die gegenrevolutionäre Armee des Generals Wrangel sich zu reorganisieren sucht. Ein besonderer Herd der russischen Reaktion ist auch Prag. Gerade Miskow ist es gewesen, der zuletzt den Gedanken einer bewaffneten Intervention gegen das bolschewistische Rußland am schärfsten bekämpft hat. Es ist auch richtig, anzunehmen, daß die Anhänger einer solchen Intervention deutschfreundlich wären. Sie lassen sich die Hilfe ihrer deutschen Gesinnungsgenossen gefallen, im übrigen aber wissen sie, daß die Geldgeber und Gönner der russischen Gegenrevolution Franzosen sind. Die Partisten setzen sich zum Teil lediglich aus den vertriebenen Angehörigen der Grundbesitzerklasse zusammen, und die klügeren Köpfe des bürgerlichen Rußland haben längst begriffen, daß man das Rußland der Großgrundbesitzer nicht wieder errichten kann. Das hat besonders Miskow eingesehen, und auch der geübte Rabotow hielt die Rekonstruktion des alten Rußland für unmöglich. Die Bauernschaft wird freiwillig das Land nicht wieder hergeben, und da Rußland zu achtzig Prozent ein Bauernland ist, wird jede politische Richtung zum Scheitern verurteilt sein, die den Bauern das Land wieder nehmen will. Das kommende Rußland wird demokratisch sein und sich auf die breiten Massen der Bauern stützen müssen. Die Bestimmungsgemeinschaft der deutschen Rückkehrer mit ihren russischen Bestimmungsgenossen schadet darum uns mehr als sie uns jemals nützen könnte. Es gibt darum nicht nur für die deutsche Regierung sondern auch für gewisse deutsche Parteien aus dem irrausigen Vorfall in der Berliner Philharmonie alles zu lernen.

Vertrauen für Genua.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In den Parlamenten der europäischen Länder sind die Regierungen augenblicklich fast überall geneigt, für die bevorstehende Konferenz in Genua Vertrauensvoten zu erhalten. Ganz natürlich. Eine Regierung, die sich auf ihr Land stützen kann, wird immer die besten Verhandlungspositionen haben, und ihr Wert als Bundesgenosse in Einzelfragen wächst im Quadrat zu der Parlamentsmehrheit, die hinter ihr steht. Es entspricht jedoch dem trübseligen Zustande in ganz Europa, daß jeder leitende Staatsmann sich sein Vertrauensvotum ziemlich hart erkämpfen muß. Selbst Poincaré erlebte an seinem bloch national keine reine Freude. Augenblicklich wünscht er die achtzehnmönatige Dienstzeit in der Kammer durchzusetzen. Es ist verständlich, daß die Linke ihm dabei allerlei Schwierigkeiten macht; denn mit seinem Militarismus versichert sich Frankreich in steigendem Maße die Sympathien der pessimistischen Welt. Aber nicht nur die Linke opponiert in dieser Frage dem Premierminister, sondern auch auf der nationalistischen Rechten melden sich Stimmen des Widerstands. Wie ein Stier hat sich Poincaré in die 18-mönatige Dienstzeit verbißen ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Bedenken und die finanziellen Belastungen. Auch innerhalb der Bevölkerung will man nicht so, wie der Obermilitarist Poincaré. Daraus erklärt sich die Stellungnahme verschiedener Nationalisten, die einfach um die Günst der Wähler bangen. Muß infolge eines Kompromisses Poincaré Konzessionen machen, so stärkt das nicht gerade seine Position, und wenn gar noch die Debatte über die Außenpolitik der Regierung, in die wahrscheinlich auch Briand eingreifen wird, einen zweifelhaften Verlauf nimmt, so wird am Vorabend von Genua Poincaré weder nach innen noch nach außen gut dastehen, auch wenn man damit rechnen kann, daß er ein Vertrauensvotum erhalten wird.

Auch Lloyd George hat im Unterhaus seinen Vorschlag. Die Koalition hat zwar einen Vertrauensantrag eingebracht, der ganz klar die vom Obersten Rat in Cannes vorgeschlagene Resolution als Grundlage für die Konferenz von Genua billigt und der Regierung die Anwendung und Durchführung dieser Resolution durch das Unterhaus sicher zu stellen empfiehlt. Aber die Arbeiterpartei antwortet mit einem Zusatzantrag, der eine ausgesprochene Mißbilligung der ständigen Umfallpolitik des Premierministers ausdrückt. Auch hier hält sich noch zurück und will sehen, wie die Dinge laufen. Er möchte besonders Auskünfte über die Vereinbarungen von Boulogne von dem Premierminister erhalten. Da jedoch die Koalition über eine Mehrheit verfügt, so ist es auch für Lloyd George sicher, daß er gleich Poincaré von seinem Parlament ein Vertrauensvotum erhält.

Es ist ein schwacher Trost für uns, daß nicht allein die deutsche Regierung um ein parlamentarisches Vertrauensvotum für Genua kämpfen muß. Es wäre in der Tat zu wünschen gewesen, daß in unserer gegenwärtigen Lage die deutsche Volksvertretung endlich ein-

mal mit den Realitäten der Weltpolitik rechnet. Die Billigung der Abwehrnote des Reichskanzlers gegen die Zumutungen der Entente ist eine Selbstverständlichkeit. Hierin gibt es eigentlich von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten keine Meinungsverschiedenheit. Es gehört schon große Verantwortungslösigkeit dazu, der deutschen Regierung und damit den gesamtdeutschen Interessen in diesem Augenblick durch ein Mißtrauensvotum in den Rücken zu fallen. Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn dieser Antrag von allen anderen Parteien glatt abgelehnt worden wäre. Immerhin wird kein Schaden durch die lächerliche Rolle seiner Urheber einigermaßen gemildert. So erfreulich es ist, daß ein positiver Beschluß gegenüber den Zumutungen der Entente vorliegt, so sehr muß man es doch bedauern, daß sich der Reichstag nicht zu einem vollständigen Vertrauensantrag für die Regierung hat aufrufen können. Wir sind ja in unserer Lage mit den Siegerländern garnicht zu vergleichen. Poincaré und Lloyd George sind vermöge der jetzigen Machtverteilung in der Welt auch ohne Vertrauensvotum stärker als die Vertreter einer deutschen Regierung, hinter der die ganze deutsche Volksvertretung stünde. Daß man aber bei uns in gewissen Parteien politisch noch so wenig erzogen ist, das Verhältnis Deutschlands zu anderen Mächten wenigstens nach Kräften auszugleichen, das ist der fatale Eindruck, den man doch aus der Reichstagsdebatte mitnehmen muß. Verantworte Fragen der Außenpolitik müssen scharf von allen parteipolitischen und persönlichen Differenzen getrennt werden. Hier gibt es noch unendlich viel nachzuholen. Besonders sollten das einmal die Flügelparteien bedenken, die dem Regierungsblok benachbart sind. Es ist seitdem, daß die Unabhängige Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Reichstag eigentlich eine Politik treiben, die fast immer mit der ihrer Führer im Gegensatz steht. Wenn man Dr. Breitscheid oder Dr. Stresemann reden hört, dann müßte man annehmen, daß ihre Parteien die Regierung mindestens in ihrer Außenpolitik unterstützen. Sobald aber die kleinen Geister im Fraktionszimmer das Wort erhalten, werden die Fraktionen immer wieder von der von den Parteiführern als richtig erkannten Linie abgedrängt. Man darf wirklich gespannt darauf sein, welche Rückwirkungen eine derartig schwankende Politik für die Dauer auf die Wähler haben wird.

Mit Kanonen und Bajonetten.

Während sich die französischen Blätter immer noch Juridikation in der Beurteilung der Rede des Reichskanzlers ausfeilen, sorgen einige bekannte nationalistische Regierungsmänner für die notwendige Erregung und Leidenschaftlichkeit der französischen Volksstimmung. Der französische Delegierte beim Wiedergutmachungsausschuß Louis Dubois erklärte in einer Tischrede, daß die verbündeten Regierungen Deutschland nötigenfalls mit Gewalt zwingen müßten, das zu zahlen, was es zahlen könne und müsse. Sollten sich die Verbündeten dazu nicht verstehen, sei Frankreich auch stark genug, allein zu handeln, nötigenfalls mit seinen Kanonen und seinen Bajonetten. Und im Senat behauptete der französische Finanzminister de Lasteyrie, daß Deutschland zahlen könne. Wenn es nicht wolle, so werde man es mit Zwang dazu bringen. Sollte es hierzu kommen, so werde das Unmögliche versucht werden, den französischen Willen durchzusetzen. Diese beiden Reden namhafter Staatsmänner setzen auf neue, daß das nationalpolitische Frankreich noch immer glaubt, sich mit Gewaltmethoden gegen Deutschland bezählig machen zu können. Diese Politik hat bisher verloschen verfaßt und wird auch in Zukunft nicht zum Ziel führen falls die Reparationskommission den von Deutschland zu erwartenden Vorschlägen und Verhandlungen kein Gehör schenken sollte. Das alles ist schon so häufig nachgewiesen worden, daß es kaum noch der Reden des Reichskanzlers und des Außenministers Rathenau bedürft hätte, um die gemachten Erfahrungen erneut der Welt ins Gedächtnis zu rufen. Auch die Rede des Reichskanzlerspräsidenten Hagenstein in der Generalversammlung der Anteilseigner der Reichsbank gibt unwiderlegliches Material dafür, daß die bisherige rigorose Anwendung der Sanktionspolitik die deutsche Leistungsfähigkeit katastrophal herabgedrückt habe. Das dadurch hervorgerufene rapide Anwachsen der Reichsschulden verhindert jede Befundung des deutschen Wirtschaftswendens. Wenn trotzdem die führenden französischen Politiker ihre Gewaltmethoden nicht ändern oder gar noch verschärfen, so muß allmählich der ganzen Welt klar werden, daß sie nicht Reparation sondern Vernichtung Deutschlands erstreben.

wickau
r-Regt.
a.
Erzgeb.
"haft"
Global
wichtigste
esorbq.

es
es

ässer
swahl
swest
auser
adell, Uua
Wettinpla
agen
en
je 32, p.

er
auf
auch
790
eten.

Rechnern,
arwichtig
Persönliche
Straße 33.

üringens
gten
ter,
eine erst
Perlonal

esucht.
belchälto-

in
um bal-

ing,
12.